Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD

und

Antwort

des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

Virtuelles Aufräumen nach illegalen Veröffentlichungen von persönlichen Informationen

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie erklärt sie sich, dass bei der Veröffentlichung von persönlichen Informationen (Doxing) von 994 Politikern und Prominenten vor Weihnachten 2018, medial im Fokus Anfang Januar 2019, laut dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit auch auf Landesebene schnelle „Takedown-Erfolge“ erzielt werden konnten, insbesondere bei außereuropäischen Plattformen?
2. Wie erklärt sie sich, dass es bei illegal veröffentlichten Daten von AfD-Politikern, vorwiegend auf linksextremen Internetseiten, nahezu nie „Takedown-Erfolge“ gibt und diese fehlenden Erfolge von ihr zumeist mit der Veröffentlichung auf „außereuropäischen Plattformen“ und den mangelnden Möglichkeiten bezüglich ausländischen Betreibern begründet werden?
3. Stimmt sie der Aussage des Landesdatenschutzbeauftragten zu, dass das Entwenden und Offenlegen von persönlichen Daten strafbar und eine Verletzung der Privatsphäre ist?
4. Wie bewertet sie die Tatsache, dass die Presse immer wieder bei AfD-Politikern auf illegal veröffentlichte persönliche Informationen zugreift, weshalb sogar der Landesdatenschutzbeauftragte mahnende Worte an die Presse richtete („Diese moralische Regel sollte nicht nur für Privatleute, sondern auch für Journalisten gelten: Wer Privates zur Kenntnis nimmt, das Kriminelle entwendet haben, macht deren Job und vertieft die Rechtsverletzung.“)?

5. Wie bewertet sie die Tatsache, dass selbst der Verfassungsschutz in seiner Einschätzung zur AfD auf durch Linksextremisten veröffentlichte oder behauptete Informationen zugreift?

12. 02. 2019

Dr. Podeswa AfD

Begründung

Ende 2018 veröffentlichte ein Schüler persönliche Informationen von 994 Politikern und Prominenten (sog. Doxing). Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg veröffentlichte am 22. Januar 2019 eine Meldung, in der er dazu schreibt:

„Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (LfDI) konnte erste ‚Takedown-Erfolge‘ – auch bei außereuropäischen Plattformen – erzielen. Rund 1.000 Download-Adressen sind in der Zwischenzeit gelöscht, bei mehreren hundert weiteren ist der LfDI in Kontakt mit den anderen europäischen Aufsichtsbehörden. Denn auch die Plattformbetreiber müssen ihren Teil der Verantwortung tragen und rechtswidrige Inhalte nach entsprechender Kenntnisnahme löschen.“

Regelmäßig werden von linksextremen Kreisen illegal Daten von AfD-Politikern, -Mitgliedern, etc. veröffentlicht. Eine Löschung der illegal veröffentlichten Daten scheitert, so die regelmäßige Begründung der Landesregierung, nahezu immer daran, dass die Daten auf ausländischen Servern liegen und unsere Behörden daher keine Löschungen durchsetzen können. Insofern ist es erstaunlich, dass bei Politikern anderer Parteien zeitnah „Takedown-Erfolge“, explizit auch bei außereuropäischen Plattformen, erzielt werden können. Die Kleine Anfrage soll dem nachgehen.

Antwort

Mit Schreiben vom 12. März 2019 Nr. 2-0141.5/16/5731 beantwortet das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz und für Europa die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Wie erklärt sie sich, dass bei der Veröffentlichung von persönlichen Informationen (Doxing) von 994 Politikern und Prominenten vor Weihnachten 2018, medial im Fokus Anfang Januar 2019, laut dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit auch auf Landesebene schnelle „Takedown-Erfolge“ erzielt werden konnten, insbesondere bei außereuropäischen Plattformen?*
- 2. Wie erklärt sie sich, dass es bei illegal veröffentlichten Daten von AfD-Politikern, vorwiegend auf linksextremen Internetseiten, nahezu nie „Takedown-Erfolge“ gibt und diese fehlenden Erfolge von ihr zumeist mit der Veröffentlichung auf „außereuropäischen Plattformen“ und den mangelnden Möglichkeiten bezüglich ausländischen Betreibern begründet werden?*

Zu 1. und 2.:

Am 4. Januar 2019 wurden das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg (Innenministerium) sowie das Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA BW) vom Bundeskriminalamt (BKA) über die Veröffentlichung von Informationen von aktiven und ehemaligen Europa-, Bundes- und Landespolitikern sowie weiteren Personen des öffentlichen Lebens informiert. In der Folge hat das LKA BW Ermittlungshandlungen in enger Abstimmung mit der

zuständigen Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt, Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität, und dem mit den bundesweiten Ermittlungen beauftragten BKA vorgenommen. Die in Rede stehenden „Takedown-Erfolge“ der geleakten Daten waren nicht Teil der dem LKA BW übertragenen Ermittlungsaufgaben.

Dem Innenministerium liegt keine belastbare Statistik zu den „Takedown-Erfolgen“ vor. Das unberechtigte Veröffentlichen von Daten stellt ein wiederkehrendes Phänomen dar. Die jeweiligen Täter handeln hierbei aus unterschiedlichen Motiven und mit differierendem Professionalisierungsgrad. Erfolge im Bereich der Löschung von geleakten Daten hängen immer vom Einzelfall ab. Server, auf denen Internetseiten betrieben werden, können sich in den verschiedensten Ländern der Welt befinden. Ein „Takedown“ beschreibt eine Löschung des gesamten Internetauftritts. Bei Serverstandorten im Ausland ist das dort geltende Recht für eine mögliche Verpflichtung zur Löschung maßgeblich. Unberührt hiervon bleibt die freiwillige Löschung durch den jeweiligen Betreiber, welche aber oftmals nicht erfolgt.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (LfDI) verweist in seiner Eigenschaft als datenschutzrechtliche Aufsichtsbehörde auf seine Pressemitteilung vom 22. Januar 2019 und teilt darin zu den „Takedown-Erfolgen“ Folgendes mit:

„Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (LfDI) konnte erste ‚Takedown-Erfolge‘ – auch bei außereuropäischen Plattformen – erzielen.

Rund 1.000 Download-Adressen sind in der Zwischenzeit gelöscht, bei mehreren hundert weiteren ist der LfDI in Kontakt mit den anderen europäischen Aufsichtsbehörden. Denn auch die Plattformbetreiber müssen ihren Teil der Verantwortung tragen und rechtswidrige Inhalte nach entsprechender Kenntnisnahme löschen.“

3. Stimmt sie der Aussage des Landesdatenschutzbeauftragten zu, dass das Entwenden und Offenlegen von persönlichen Daten strafbar und eine Verletzung der Privatsphäre ist?

Zu 3.:

Die Aussage des LfDI bezieht sich ausdrücklich nur auf die Entwendung und Offenlegung personenbezogener Daten „durch kriminelles Vorgehen“ und damit nur auf ein strafbares Verhalten. Im Übrigen hängt es von den Umständen des Einzelfalles ab, ob das „Entwenden“ und „Offenlegen“ von persönlichen Daten strafbar ist und eine Verletzung der Privatsphäre darstellt.

4. Wie bewertet sie die Tatsache, dass die Presse immer wieder bei AfD-Politikern auf illegal veröffentlichte persönliche Informationen zugreift, weshalb sogar der Landesdatenschutzbeauftragte mahnende Worte an die Presse richtete („Diese moralische Regel sollte nicht nur für Privatleute, sondern auch für Journalisten gelten: Wer Privates zur Kenntnis nimmt, das Kriminelle entwendet haben, macht deren Job und vertieft die Rechtsverletzung.“)?

Zu 4.:

Die Landesregierung nimmt im Hinblick auf die verfassungsrechtlich gewährleistete Meinungs- und Pressefreiheit (Artikel 5 Absatz 1 Satz 1 und 2 des Grundgesetzes) grundsätzlich keine Bewertung bestimmter Veröffentlichungen in der Presse und diesbezüglicher Äußerungen des LfDI vor.

5. Wie bewertet sie die Tatsache, dass selbst der Verfassungsschutz in seiner Einschätzung zur AfD auf durch Linksextremisten veröffentlichte oder behauptete Informationen zugreift?

Zu 5.:

Im Rahmen des gesetzlichen Auftrags nach dem Landesverfassungsschutzgesetz (LVSG) sammelt das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV)

Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen von Organisationen und Personen über Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten (§ 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 LVSG). Um diese Bestrebungen umfassend aufklären zu können, berücksichtigt das LfV grundsätzlich auch Äußerungen, die aus dem extremistischen Spektrum stammen. Dabei wird deren Wahrheitsgehalt kritisch geprüft und mit Informationen aus validen Quellen abgeglichen.

Bei der Entscheidung des LfV, die Junge Alternative Baden-Württemberg im November 2018 zum Beobachtungsobjekt zu erheben, haben von Linksextremisten veröffentlichte Informationen keine Rolle gespielt.

Strobl

Minister für Inneres,
Digitalisierung und Migration